

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erstchein wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R. Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Dr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D 27, Schillerstraße 5
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S 68

Abonnementpreis ab 1. Januar 1925:
Geschäftsanzeigen: die jeweilsgepaarte Sonntagsseite 60 Goldmark,
Gratulationen d. Seite 50 Goldpf., fürodesanzeigen d. Seite 40 Goldpf.

Gedanken zu Neujahr.

Der Neujahrsitag ist der Tag des Rückblicks und des Vorwärtschauens, des Gedenkens und des Wollens, der Erinnerung und des Glaubens. Und wenn dem einzelnen das vergangene Jahr auch noch so süß gewesen: mit neuem Hoffen geht jeder ins neue Jahr hinein. Und darum überstrichen die Menschen in froher Zuversicht diesen Meilenstein ihres Lebens und in heiterer Stimmung bezüglich wünschen sie sich, wann die Glocken das Scheiden des alten Jahres zu läuten begannen. Ein neues Stück Leben soll sich vollziehen im Menschensein, besser als das gewesene.

Während die Menschen so ihre Freiheit des neuen Hoffens begehen, feiert die Unendlichkeit droben ihr Neujahrsfest. Die Erde hat ihren Lauf durch das All um die Sonne vollendet und mit der gleichen, euligen Geschicklichkeit haben die anderen Spitter des Alls ihren Lauf als Gefährten der Sonne zurückgelegt. Und wenn sie sich draußen im Unendlichen grüßen, drängt sie die Gewissheit weiter auf ihrer Bahn. Nach ehernen Gesetzen vollzieht sich ihr Lauf, und es ist zu errechnen, wann und wo sie sich wiedersehen und wann wieder Silvestersterne herabschauen auf die Erdenwelt.

Gesetzähnlichkeit ist der Natur ewiges Wesen. Nach ehemaligen Gesetzen wurde die Erde, nach ehemaligen Gesetzen bis zur Gegenwart. Und Organisation ist der Sinn dieses ewigen Wachens. Entwicklung ist organisatorisches Wachsen zur Harmonie. Nur das organisatorische Dreinander ermöglicht das Gefüge der Sterne, und je höher auf Erden der organisatorische Gedanke in die Erscheinung tritt, um so größer ist die Entwicklung, um so höher die Harmonie, um so vollerdet das Leben. Die Erde hat ihren Planlauf, um die Sonne beendet: lasst uns im neuen Jahre kämpfend streben um Plan und Ordnung im Menschensein! Dann handeln wir im Sinne der heiligen Sprache der Sterne, die da heißt: Ordnung nach ewigem, ehemalem, großem Gesetz.

Ordnung! Nicht Laune und Willkür! Nicht wirtschaftlich! Gewalt! Nicht wirtschaftlicher Zufall! Nicht wirtschaftliche Blaueisigkeit mit ihren Krisen, ihrer Arbeitslosigkeit, ihrer Not! Recht! Ordnung! Auch der Mensch soll frei gehen seine natürliche Lebensstrafe, frei, und darum vereint, daß er frei sei. Wer als einz' er ist, erfüllt nicht den Menschen Sinn. Er ist schwach. Er ist Spielzeug der Macht, Nutzschale auf dem wegenden Meere des kapitalistischen Herrnrentums. Er muß mit Sorgen hineingehen ins neue Jahr. Er kann schon in acht Tagen ein Opfer werden unerwartet noch so niederen Stufe des organisierten Wachens der Geschichte, weil er nicht gehalten wird von einem Ganzen, das kämpfend Recht und Gerechtigkeit erzwingt. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß des arbeitenden Volkes ist die schaffende Kraft am Ausbau der Welt. Du sollst als volles, berechtigtes Glied fest und sicher gefügt sei. ins Leben! Das ist Bewirklichung des Naturgedankens. Das ist die ewige Ordnung im Heute. Und darum mit frecher Mut hinein ins neue Jahr zu solchem Kampfe, da solch ein Kampf um Recht in der Gemeinschaft nicht nur dein Vorteil, sondern auch der Sinn des Lebens ist.

Das Wirtschaftsjahr 1924.

II. Krise und Arbeitsmarkt.

Da es in Deutschland nur gelang, die Stabilisierungsfroze nach der Kursseite und nicht nach der Preisseite zu lösen, wurde das Problem der überschrittenen Preise ausschlaggebend für den Verlauf der Krise und den Arbeitsmarkt. Die Jahre der Marktentwertung hatten in Deutschland einen beispiellosen Warenhunger erzeugt. Besonders fehlte es in den breiten Massen an Textilien, Schuhwerk, Haushaltsgerüten usw. Die mit der Stabilisierung einsetzende Nachfrage begünstigte einen recht lebhaften Geschäftszwang, durch den sich in kürzester Frist die Zahl der unter hohen Gewinnraten um eine Million verringerte. Jedoch handelte es sich um eine künstliche Belbung unter Einschluß der Rentenmarktkredite. Auf dem ersten großen Warenmarkt nach der Inflation, der Leipziger Frühjahrsmesse, stellten sich die Zusammenhänge ungefähr wie folgt dar: Der einheimische Handel kaufte, um seine durch die Inventur-Ausverkäufe angegriffenen Lager aufzufüllen, in starkem Maße, aber auf Kredit, der mit vier bis sechswöchigen Zahlungsfristen auch gewährt wurde. Dagegen hielten sich die ausländischen Einkäufer zurück, da die deutschen Preise mit 30,

50 und mehr Prozent über den Weltmarktpreisen lagen. Die Zurückhaltung des Auslandes erklärt zum Teil den Rückgang unserer Ausfuhr. In gleichem Maße wurde das Preisproblem wichtig für den binnennationalen Absatz und den Rückgang der Rohstoffseinfuhren; da die Bevölkerung nur über Löhne verfügte, die nominell 20 Proz. und real bis über 50 Proz. unter Friedenslohn lagen, konnte sie nicht die fast doppelt hohen Friedenspreise bezahlen. Die so gedrosselte Kaufkraft erschöpfte sich schnell in der Aufnahme schlechter und billiger, der sogenannten Stapelware. Die Riesencasträge, die der Handel zum Beispiel in Leipzig gegeben hatte, wurden zum größten Teil annulliert, die Ware nicht abgenommen oder infolge Konkurs oder Geschäftsaufgabe nicht oder nur teilweise bezahlt.

Konjunkturtasfel.

	Preisindex für Reichsbahn-Konjunktur	Reichsbahn-Unterstützung	Wagen- und Erwerbslose	Stellung
1918 = 1000 (R.) (in Mill.)				der Reichsbahn
2. Januar 1924	120,07	677,8	1 590 050	56 880
Mitte Mai 1924	129,30	2 679,1	242 199	76 291
Mitte Sept. 1924	187,18	1 948,1	368 840	—
Anfang Nov. 1924	198,8	2 190,8	480 000	97 526

Deutsche Ein- und Ausführungen.

	1918	April 1924	Juni 1924	Oktober 1924
(Monatsdurchschnitt in Millionen Reichsmark)				
Einfuhr	933,8	803,2	763,1	855,6
Ausfuhr	849,9	482,1	475,2	611,8

Reduzierung der Fertigwarenausfuhr.

	Es wurden ausgeführt im Monatsdurchschnitt:	1918	1921	1924
(geschäft in Millionen Reichsmark zu Vorriegsvereten)				

Textilwaren	101,8	68,0	53,6
Leder — Lederwaren	48,0	28,0	19,8
Möbel — Holzwaren	6,1	10,0	4,9
Farben — Farbwaren	28,7	8,9	7,1
Waren aus Eisen	104,9	47,5	44,7
Maschinen	56,0	32,1	27,3
Kraftfahrzeuge	7,2	5,6	2,6

Nach der Rentenmarktfrediethscheinkonjunktur tritt eine Verschärfung der Krise ein; sie resultiert aus der Differenz zwischen Lohn und Preis.

Verminderter Rohstoffbezug usw.

	Es wurden eingeführt im Monatsdurchschnitt:	1918	1921	1924
(geschäft in Millionen Reichsmark zu Vorriegsvereten)				

Textilrohstoff	132,6	59,8	76,9
Felle und Hante	55,7	28,8	30,5
Erze	24,4	6,8	11,9

Von der Notwendigkeit dictiert, die Wirtschaft zu bereinigen, besonders die Preise zu senken, erfolgt die Kreditdrosselungspolitik des Reichsbankspräsidenten Schacht. Nicht sie, sondern die durch übersehene Preise erdrosselte Kaufkraft verschuldet also den Konjunkturüberschlag. Schachts Politik war geziert, die Krise in Deutschland um Monate abzufürzen. Sie wurde aber durchdrückt, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die offizielle Wirtschaftspolitik verfolgte den Plan, dem Unternehmertum, zum Schaden der Wirtschaft und der Verbraucher, Betriebskapital aus den übersteuerten Preisen zuzuführen, deshalb war sie 2. nicht in der Lage, ernsthafte gegen den preissteigernden Kartellunzug, besonders gegen die Preis- und Konditionskartelle, vorzugehen. 3. Das Unternehmertum selbst wollte hohe, durch Schuhzoll ermöglichte Inlandssätze, um die Auslandskonkurrenz auf dem Weltmarkt mit billigen Dumpingpreisen unterbieten zu können. Die Abkehr der offiziellen Wirtschaftspolitik von der Schachtschen Geldpolitik ist durch nichts zu rechtfertigen, vor allem nicht durch den sogenannten Geldmangel der Wirtschaft, denn die Abtragung hoher Auslandsschulden zum Beispiel durch die Harpen U. G. u. a., auch die Ausschüttung von Dividenden zeigt das Gegenteil von Geldmangel und bessere Verdienste als zur Zeit der Inflation. Als Erfolg bot die amtliche Wirtschaftspolitik Verbilligungsaktionen, u. a. durch Steuermilderungen, die sich die Steuerreformen Ende 1923, besonders die Lohnabzugssteuer, die aber nur ungenügend gemildert wurde, als durchaus überspannt erwies. Wollte die Geldpolitik durch Zwang und wirtschaftliche Notwendigkeiten wirken, so appellierten die Verbilligungsaktionen mit dem Erfolg an den sogenannten guten Willen des Unternehmertums, daß sie, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, im Sande vertauschen.

Die Kanadische Agrarpreishausse.

Es lösten: Frieden April 1924 November 1924
Roggen

(1000 kg in Reichsmark)	162,5	136,8	225
Roggenbrot	0,28	0,28	ca. 0,42
(per kg in Reichsmark)	1,55	2,00	2,60
Schweinefleisch	0,24	0,26	0,85
(1 l in Reichsmark)			

Die stärkste Gegenwirkung gegen die Kreditdrosselung erfolgte aber durch die Preishäuse vom Getreidemarkt her, die der ganzen deutschen Preisbildung neuer Tendenz nach oben gab. Die Politik des Ernährungsministers, des Grafen Konig, durch Freigabe der Getreideausfuhr und Schuhzollpropaganda die Agrarpreise zu treiben, war Liebesgabe für die Landwirtschaft und entsprach durchaus dem Sinn der verfehlten offiziellen Wirtschaftspolitik. Sie mußte doppelt die Krise verschärfen, da sie den Reallohn durchweg senkte, so daß nach Bestreitung der reinen Lebenshaltungskosten nur äußerst geringe Lohnsteile für den Kauf von anderen Waren (Schuhe, Wäsche usw.) übrigblieben. So stellt sich die bisherige Entspannung der Krise am Jahresende 1924 mehr als Aufbläcken in den Saison- und Stapelwarenindustrien dar. Eine wirkliche Entspannung scheint noch nicht eingetreten zu sein, dabei ist zu berücksichtigen, daß die amerikanischen Anleihen, die den Import größerer Rohstoffmengen ermöglichen, eine gewisse Belebung ausübten.

Preisanomalien in der Massengüterproduktion.

	1918	Frühjahr 1924	Ende 1924
Weizen, New York, Hardwinter in Cents per Bushel = 36,35 Liter	100,5	120	170,5
Baumwolle, New Orleans, loco 14 Cents per lb = 9,436 kg	17,90	28,10	24,40
Bolle, Austral A/2 A fleeces in d (penny) per lb	31,00	68,00	74,00
Fette, London, in Sterlingpfund per Tonnen	35,10	27,5	40,00
Kautschuk, para, in Schilling p. lb	2,8	—	1,8
Stahlblei, Birmingham, in Sterlingpfund per Tonnen	715,3	—	12,10
Kupfer, New York, Elektrokt. loco, in Cents per lb	15	13,55	14,00

Abgesehen von dem ganz unvermeidlichen und schon aus Gründen der Erholung der Kaufkraft gebotenen Lohnkorrekturen, die Preis und Lohn in ein erträgliches Gleichgewicht bringen müssen, dürfte selbstverständlich eine deutsche Wirtschaftspolitik, einheitlich geführt und auf die Interessen der Wirtschaft abgestellt, viel zu einer Währung der Industriekrise beitragen. Ihre Überwindung ist aber ein weltwirtschaftliches Problem, schließlich noch immer die Liquidation von Kriegsfolgen. Sie werden durch Reorganisation der Märkte usw., die, wie wir gezeigt haben, im Laufe des versiegten Jahres nur von der valutarischen Seite versucht wurde, zu beseitigen sein. Wir verweisen dabei auf die anomale Preisgestaltung der Rohstoffe und Massengüter, die sich teils dadurch erklärt, daß der Krieg die Produktion einschränkte (Wolle), teils aber dadurch, daß die ehemaligen Verbraucher, z. B. Deutschland, nicht mehr als vor dem Krieg kaufkräftig genug sind (Kupfer usw.). Ein Schritt gegen den Wirtschaftsprotektionismus und nach der notwendigen internationalen Arbeitsteilung stellen unlesbar die handels- und Zollverhandlungen dar, die Deutschland allein mit über 30 Ländern führt. Zu beachten sind auch die Bestrebungen der einzelnen Industrien nach internationalen Zusammenschlüssen, wie sie in den Plänen nach Bildung eines internationalen Eisenkartells zutage treten. Ziel der Arbeiterklasse muß es sein, daß die vorhandenen Komplikationen die Welt nicht zu einem neuen Wirtschaftskrieg führen, die Probleme müssen im Geiste der Völkerverständigung gelöst werden. Daß die Gewerkschaften diesen Prozeß im weitesten Maße beeinflussen können, ist natürlich und zu erwarten!

Verbandszeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Dr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 64

Insertionspreis ab 1. Januar 1925:
Geschäftsanzeigen: die jeweils gezeichnete Komp. pro Zeile 60 Goldpfennig,
Gratulationen d. Seite 50 Goldpf., für Todesanzeigen d. Seite 40 Goldpf.

Gedanken zu Neujahr.

Der Neujahrsitag ist der Tag des Rückblicks und des Verwärtschauens, des Gedenkens und des Wollens, der Erinnerung und des Glaubens. Und wenn dem einzelnen das vergangene Jahr auch noch so über gewesen: mit neuem Hoffen geht jeder ins neue Jahr hinein. Und darum überschreiten die Menschen in froher Zuversicht diesen Meilenstein ihres Lebens und in heiterer Stimmung bezüglich wünschen sie sich, wann die Glocken das Scheiden des alten Jahres zu künden begannen. Ein kurzes Stück Leben soll sich vollziehen im Menschensein, besser als das gewesene.

Während die Menschen so ihre Feier des neuen Himmels begehen, feiert die Unendlichkeit droben ihr Neujahrsfest. Die Erde hat ihren Lauf durch das All um die Sonne vollendet und mit der gleichen, eignen Geschicklichkeit haben die anderen Sphären des Alls ihren Lauf als Gefährten der Sonne zurückgelegt. Und wenn sie sich draußen im Unendlichen grüßen, drängt sie die Gewissheit weiter auf ihrer Bahn. Nach ehemaligen Gesetzen vollzieht sich ihr Lauf, und es ist zu errechnen, wann und wo sie sich wiedersehen und wann wieder Silvestersterne herabschauen auf die Erdenwelt.

Gesetzähnlichkeit ist der Natur ewiges Wesen. Nach ehemaligen Gesetzen wurde die Erde, nach ehemaligen Gesetzen bis zur Gegenwart. Und Organisation ist der Sinn dieses ewigen Wachens. Entwicklung geht organisatorisches Wachsen zur Harmonie. Nur das organisatorische Prinzip er möglicht das Gefüge der Sterne, und je höher auf Erden der organisatorische Gedanke in die Erfüllung tritt, um so höher ist die Erfüllung, um so höher die Harmonie, um so vollerdet das Leben. Die Erde hat ihren Planlauf, um die Sonne beendet: lasst uns im neuen Jahre kämpfend streben um Plan und Ordnung im Menschensein! Dann handeln wir im Sinne der heiligen Sprache der Sterne, die da heißt: Ordnung nach ewigem, ehemaligem, großem Gesetz.

Ordnung! Nicht Laune und Willkür! Nicht wirtschaftlich, Gewalt! Nicht wirtschaftlicher Zufall! Nicht wirtschaftliche Unmöglichkeit mit ihren Krisen, ihrer Arbeitslosigkeit, ihrer Not! Recht! Ordnung! Auch der Mensch soll frei gehen seine natürliche Lebensstrafe, frei, und darum vereint, daß er frei sei. Wer als einzler er ist, erfüllt nicht den Menschen Sinn. Er ist schwach. Er ist Spielzeug der Macht, Nutzschale auf dem wegenden Meere des kapitalistischen Herrnentums. Er muß mit Sorgen hineingehen ins neue Jahr. Er kann schon in acht Tagen ein Opfer werden unserer noch so niederen Stufe des organisierten Wachens der Geschichte, weil er nicht gehalten wird von einem Ganzen, das kämpfend Recht und Gerechtigkeit erzwingt. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß des arbeitenden Volkes ist die schaffende Kraft am Aufbau der Welt. Du sollst als volles, berechtigtes Glied fest und sicher gefügt sein. Das ist Verwirklichung des Naturgedankens. Das ist die ewige Ordnung im Heute. Und darum mit frecher Mut hinein ins neue Jahr zu solchem Kampfe, da solch ein Kampf um Recht in der Gemeinschaft nicht nur dein Vorteil, sondern auch der Sinn des Lebens ist.

Das Wirtschaftsjahr 1924.

II. Krise und Arbeitsmarkt.

Da es in Deutschland nur gelang, die Etablierungsfrage nach der Kurssseite und nicht nach der Preisseite zu lösen, wurde das Problem der überschrittenen Preise ausschlaggebend für den Verlauf der Krise und den Arbeitsmarkt. Die Jahre der Marktentwertung hatten in Deutschland einen beispiellosen Warenhunger erzeugt. Besonders fehlte es in den breiten Massen an Textilien, Schuhwerk, Haushaltsgütern usw. Die mit der Stabilisierung einsetzende Nachfrage begünstigte einen recht lebhaften Geschäftszug, durch den sich in kürzester Frist die Zahl der unter hohen Erwerbslosen um eine Million verringerte. Jedoch handelte es sich um eine künstliche Belebung unter Einfluß der Rentenmarktkredite. Auf dem ersten großen Warenmarkt nach der Inflation, der Leipziger Frühjahrsmesse, stellten sich die Zusammenhänge ungefähr wie folgt dar: Der einheimische Handel kaufte, um seine durch die Inventur-Ausverkäufe angegriffenen Lager aufzufüllen in starkem Maße, aber auf Kredit, der mit vier bis sechswöchigen Zahlungsfristen auch gewährt wurde. Dagegen hielten sich die ausländischen Einkäufer zurück, da die deutschen Preise mit 30,

50 und mehr Prozent über den Weltmarktpreisen lagen. Die Zurückhaltung des Auslandes erklärt zum Teil den Rückgang unserer Ausfuhr. In gleichem Maße wurde das Preisproblem wichtig für den binnennationalen Absatz und den Rückgang der Rohstoffeinfuhren; da die Bevölkerung nur über Löhne verfügte, die nominell 20 Proz. und real bis über 50 Proz. unter Friedenslohn lagen, konnte sie nicht die fast doppelt hohen Friedenspreise bezahlen. Die so gedrosselte Kaufkraft erschöpfte sich schnell in der Aufnahme schlechter und billiger, der sogenannten Stapelware. Die Riesenausträge, die der Handel zum Beispiel in Leipzig gegeben hatte, wurden zum größten Teil annulliert, die Ware nicht abgenommen oder infolge Konkurs oder Geschäftsaufgabe nicht oder nur teilweise bezahlt.

Konjunkturtafel.

	Preisindex für 10 konjunkturale Güter (1913=1000). M.)	Reichsbahn	Unterstützung	Wagen-
	empfunden waren	credit	Erwerbslose	Stellung
2. Januar 1924	120,97	677,8	1.590.050	56.880
Mitte Mai 1924	129,30	2.673,1	242.199	76.291
Mitte Sept. 1924	137,18	1.948,1	363.340	—
Ansang Nov. 1924	138,8	2.190,8	480.000	97.526

Deutsche Ein- und Ausfuhren.

	1913	April 1924	Juni 1924	Oktober 1924
(Monatsdurchschnitt in Millionen Reichsmark)				
Einfuhr	933,8	803,2	708,1	855,6
Ausfuhr	849,9	482,1	475,2	611,8

Reduzierung der Fertigwarenausfuhr.

Es wurden ausgeführt im Monatsdurchschnitt:

	1913	1921	1924
(Geschäft in Millionen Reichsmark zu Vorkriegswerten)			
Textilwaren	101,8	68,0	58,6
Leder — Kürschnerwaren	43,0	28,0	19,8
Möbel — Holzwaren	6,1	10,0	4,9
Farben — Farbwaren	23,7	8,9	7,1
Waren aus Eisen	104,9	47,5	44,7
Maschinen	56,0	32,1	27,8
Kraftfahrzeuge	7,2	5,6	2,6

Nach der Rentenmarktkreditschärfekonjunktur tritt eine Verschärfung der Krise ein; sie resultiert aus der Differenz zwischen Lohn und Preis.

Verminderter Rohstoffbezug usw.

Es wurden eingeführt im Monatsdurchschnitt:

	1913	1921	1924
(Geschäft in Millionen Reichsmark zu Vorkriegswerten)			
Textilrohstoff	132,6	59,8	76,9
Felle und Haut	55,7	28,8	30,5
Erze	24,4	6,8	11,9

Von der Notwendigkeit dictiert, die Wirtschaft zu bereinigen, besonders die Preise zu senken, erfolgt die Kreditdrosselungspolitik des Reichsbankpräsidenten Schacht. Nicht sie, sondern die durch überschießende Preise erodierte Kaufkraft verschuldet also den Konjunkturüberschlag. Schachts Politik war gezielt, die Krise in Deutschland um Monate abzufüllen. Sie wurde aber durchlöchert, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die offizielle Wirtschaftspolitik verfolgte den Plan, dem Unternehmertum, zum Schaden der Wirtschaft und der Verbraucher, Betriebskapital aus den übersteuerten Preisen zuzuführen, deshalb war sie 2. nicht in der Lage, ernsthafte gegen den preissteigernden Kartellunruhen, besonders gegen die Preis- und Konditionskartelle, vorzugehen. 3. Das Unternehmertum selbst wollte hohe, durch Schutzoll ermöglichte Inlandspreise, um die Auslandskonkurrenz auf dem Weltmarkt mit billigen Dumpingpreisen unterbieten zu können. Die Abkehr der offiziellen Wirtschaftspolitik von der Schachtschen Goldpolitik ist durch nichts zu rechtfertigen, vor allem nicht durch den sogenannten Geldmangel der Wirtschaft, denn die Abtragung hoher Auslandsschulden zum Beispiel durch die Harpen U. C. u. a., auch die Ausschüttung von Dividenden zeigt das Gegenteil von Geldmangel und bessere Verdienste als zur Zeit der Inflation. Als Ersatz bot die amtliche Wirtschaftspolitik Verbilligungsaktionen, u. a. durch Steuererleichterungen, da sich die Steuerreformen Ende 1923, besonders die Lohnabzugssteuer, die aber nur ungenügend gemildert wurde, als durchaus überspannt erwies. Wollte die Goldpolitik durch Zwang und wirtschaftliche Notwendigkeiten wirken, so appellierten die Verbilligungsaktionen mit dem Erfolg an den sogenannten guten Willen des Unternehmertums, daß sie, soweit sich bis jetzt feststellen läßt, im Gaude vertauschen.

Die Kanische Agrarpreishäuse.

Es kosteten: Frieden April 1924 November 1924

	1924	1924	1924
Roggen	162,5	136,3	225
(1000 kg in Reichsmark)			
Roggenbrot	0,28	0,28	ca. 0,42
(per kg in Reichsmark)			
Schweinefleisch	1,55	2,00	2,60
(per kg in Reichsmark)			
Milch	0,24	0,26	0,35
(1 l in Reichsmark)			

Die stärkste Gegenwirkung gegen die Kreditdrosselung erfolgte aber durch die Preishäuse vom Getreidemarkt her, die der ganzen deutschen Preisbildung neue Tendenz nach oben gab. Die Politik des Ernährungsministers, des Grafen Bonitz, durch Freigabe der Getreideausfuhr und Schutzollpropaganda die Agrarpreise zu treiben, war Liebesgabe für die Landwirtschaft und entsprach durchaus dem Sinn der verfehlten offiziellen Wirtschaftspolitik. Sie mußte doppelt die Krise verschärfen, da sie den Reallohn durchweg senkte, so daß nach Besteitung der reinen Lebenshaltungskosten nur äußerst geringe Lohnstellen für den Kauf von anderen Waren (Schuhe, Wäsche usw.) übrigblieben. So stellt sich die vierzigjährige Entspannung der Krise am Jahresende 1924 mehr als Aufslackern in den Saison- und Stapelwarenindustrien dar. Eine wirkliche Entspannung scheint noch nicht eingetreten zu sein, dabei ist zu berücksichtigen, daß die amerikanischen Anleihen, die den Import größerer Rohstoffmengen ermöglichten, eine gewisse Belebung ausübten.

Preisanomalien in der Massengüterproduktion.

	1913	Frühjahr 1924	Ende 1924
Weizen, New York, Hardwinter in Cents per Bushel	86,35	170,5	100,5
Baumwolle, New Orleans, loco in Cents per lb = 9,486 kg	24,40	28,10	17,90
Bolle, Austral A/2 A fleeces in d (per lb) per lb	74,00	68,00	31,00
Fette, London, in Sterlingpfund per Tonnen	40,00	27,5	25,10
Kautschuk, para, in Schilling p. lb	1,6	—	2,8
Stahlblei, Birmingham, in Sterlingpfund per Tonnen	12,10	—	715,3
Kupfer, New York, Elektrolyt, loco, in Cents per lb	14,00	13,55	15

Abgesehen von dem ganz unvermeidlichen und schon aus Gründen der Erholung der Kaufkraft gebotenen Lohnkorrekturen, die Preis und Lohn in ein erträgliches Gleichgewicht bringen müßten, dürfte selbstverständlich eine deutsche Wirtschaftspolitik, einheitlich geführt und auf die Interessen der Wirtschaft abgestellt, viel zu einer Abkürzung der Industriekrise beitragen. Ihre Überwindung ist aber ein weltwirtschaftliches Problem, schließlich noch immer die Liquidation von Kriegsschäden. Sie werden durch Reorganisation der Märkte usw., die, wie wir gezeigt haben, im Laufe des verflossenen Jahres nur von der volutaristischen Seite versucht wurde, zu beseitigen sein. Wir verweisen dabei auf die anormale Preisgestaltung der Rohstoffe und Massengüter, die sich teils dadurch erklärt, daß der Krieg die Produktion einchränkte (Wolle), teils aber dadurch, daß die ehemaligen Verbraucher, z. B. Deutschland, nicht mehr als vor dem Krieg Kaufsträger genug sind (Kupfer usw.). Ein Schritt gegen den Wirtschaftsprotektionismus und nach der notwendigen internationalen Arbeitsteilung unleugbar die handels- und Zollverhandlungen dar, die Deutschland allein mit über 30 Ländern führt. Zu beachten sind auch die Bestrebungen der einzelnen Industrien nach internationalem Zusammenschluß, wie sie in den Plänen nach Bildung eines internationalen Eisenkartells zutage treten. Ziel der Arbeiterklasse muß es sein, daß die vorhandenen Komplikationen die Welt nicht zu einem neuen Wirtschaftskrieg führen, die Probleme müssen im Geiste der Völkerverständigung gelöst werden. Daß die Gewerkschaften diesen Prozeß im weitesten Maße beeinflussen können, ist natürlich und zu erwarten!

Der Vertrauensmann.

Klein und unscheinbar, doch Trost in seinen von Not und Zeit verschlissenen Füßen geht er von einer Arbeiterwohnung zur anderen. Wahrlich keine leichte Arbeit für diesen

noch ein rechter SorgenwindeL in die sich nur selten ein matter Sonnenstrahl verirrt. Daß er aber dennoch, selbst summerbeladen, zu seinen Brüdern in armfellige Wohnungen steigt, was zwingt ihn zu solch mühedolltem Tun?

Es ist was Großes, um dessentwillen diese müden Süße
keine Stufe scheuen, um dessentwillen dieser leidzerdrückte
Mann an jede Tür pocht, Einsam begeht. Sein leid-
zerfüllter Mund verkündet's dem gebeugten Mann, dem
vlassien Weib, was ihn in ihr kahle Kammer führt: „Gemic-
fames Leid! Habt ihr es noch nie bedacht, daß außer euch
noch viele, viele auf derselben Scholle radern, um nicht
mehr zu ernten als ihr: Schweiß und Tränen? Ist euch
nicht das Döch zu hart, das Essen zu wenig, glaubt ihr
nicht, daß es könnte anders werden, wenn wir vielen uns
vereinen, die wir alle Schäze hervorzaubern aus Erz und
Stein und Brot aus den Früchten der Scholle? Oder glaubt
ihr, daß Gott so die Welt hat gemacht, in der der Schaffende
kümmerlich lebt, der Faule aber prahlt und in Freuden
schwelgt? Sei nicht blind, Bruder, sei nicht taub, Schwester,
Gebot der Stunde ist: Kampf! Daß es deinen Kindern ein-
mal besser gehe, ist wohl dir auch ein frommer Wunsch.
Doch hast du weder Gold noch sonstige Schäze, die du ihnen
hinterlassen kannst. Kannst du sonst nichts für sie tun?
D-doch!

Und immer eifernder wird seine Rede, immer überzeugter sein glühendes Wort. Es fällt wie Schuppen von den Augen der beiden. Der Funke, er zündet und entflammt die Herzen, die eingemauert in der Enge ihres hämmerschen Hissens bisher die erwachende Zeit noch nicht erkannten.

Der kleine, unscheinbare Mann, er kommt mir wie der
Vater vor, der läend über seinen Alter schreitet. Nur un-
gleich schwerer hat er es, da feiniger Boden seinen Grund
durchdrückt und nicht immer der Samen in fruchtbare Fü-
rthen fällt. Doch kann ihn das nicht hindern, mit dem
Pflugseisen des Geistes aufzumühlen die Herzen und Hände
der Schwestern und Brüder, die, abgestumpft von Kummer
und Sorgen, teilnahmslos dem großen Weltgeschehen gegen-
überstehen.

Der kleine, unscheinbare Mann, er kommt mir wie der Käuter vor, der Stein um Stein aufeinanderstackt und so aus seinen Händen förmlich emporwachsend der große, solze Bau erstellt. Man kennt ihn nicht, doch das Werk seiner Hände ringt staunende Bewunderung ums ab. So werden unsere Nachkommen vor dem stolzen Bau stehen, ihre Bewunderung dem Ganzen nicht versagen können, zu dem seinen Teil der unbekannte, ungenannte Vertrauensmann beigezogen hat.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes in den wichtigeren Ländern zeigte im Monat November seine entscheidenden Veränderungen. Auf der einen Seite hat der Eintritt des Winters durch Verminderung der Baumtätigkeit und der anderen Arbeiten, die während der kalten Jahreszeit gewöhnlich einen Rückgang erfahren, das Sinken des Beschäftigungsgrades verursacht; auf der anderen Seite hat sich der Beschäftigungsgrad in manchen Industriezweigen, vor allem in der Eisen- und Stahlindustrie, gehoben. Letzteres war in Deutschland, England, Frankreich und Belgien der Fall. Die Besserung wird auf die Angst der Käufer vor neuen Schengen-Zöllen zurückgeführt; sie wollen noch vor den Zoll erhöhungen einkaufen und infosfern ist die Konjunktur nicht restloslich. Die Lage des Bergbaus blieb trotzdem unverändert einen geblieben. Der deutsche und englische Bergbau wiegt einen großen Teil der Förderung auf Kunden merken.

Die Löhne sind im Monat November im allgemeinen gestiegen, und zwar sowohl die Nominal, wie die Reallohnrate. Die Preise sind seit Juli am Weltmarkt höher geworden, und eine Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten ist nicht erfolgt. Erst in der letzten Zeit gelang es durch Lohnbewegungen, Erfolge zu erzielen, die jedoch in der Mehrzahl der Fälle nicht ausreichten, den Reallohn wieder auf den Stand vor der neuen Zeuerungswelle zurückzuführen. Den Lohnbewegungen in England, Frankreich und

Grundzügliches aus unserem Statut.

(Edifício)

Mitglied XIV behandelt den Rechtschutz, der nach jahrlanger Mitgliedschaft und Beitragsleistung bewilligt werden soll. Der Rechtschutz erstreckt sich auf Streitfälle aus dem Arbeitsverhältnis, für das Fahrpersonal bei Raumboden, sowie auf solche Streitfälle, die sich aus den Arbeiterzwangserziehungsgesetzen ergeben. Außerdem kann der Vorstand Rechtschutz erteilen in allen Streitfällen, welche infolge Eintrittens der Mitglieder für ihre Berbandsrechte sowie bei Streits und Auspferungen entstehen, in diesem Falle ohne Rücksicht auf die Mitgliedsdauer. Der Rechtschutz erstreckt sich nur auf die Bezahlung der Verteidiger der Mitglieder, nicht auch auf die Zahlung von Gerichtskosten und der Anwälte der Gegenparteien. Nur in Fällen von Streit ist es, dass der Verbandsvorstand Teile aus dieser Kosten auf die Berbandskasse übernehmen. Beim Ausgang eines jeden Prozesses ist der Verbandsvorstand zu benachrichtigen und sind ihm die eingangenen Gerichtsurteile im Ortsrat anzufstellen, soweit behobens, wenn es sich um außerordentlich wichtige Angelegenheiten handelt und wenn Rechtschutz für die nächstfolgende Anhörung beantragt wird. Rechtschutz in den nächstfolgenden Anhörungen ist immer neu zu beantragen. Die Rechtsanwälte, die mit der Prozeßführung betraut werden, sind anzzuweisen, doch sie bezüglich der Prozeßführung und der Anhörungen ~~ist~~ Spatoren mit dem Verbandsvorstand zu korrespondieren haben. Kein Ortsverein ist befugt, Rechtsanwälte vor Ste. Sammlungen zu begleichen. Eine falsche Sachdarstellung bei Beantragung von Rechtschutz hat Absehung des Antrages zur Folge. Kommt dem Verbandsvorstand erst nachträglich eine falsche Sachdarstellung zur Kenntnis, so kann der Vorstand auf Grund des Gesetzes die Bezahlung der eingerückten Verteidigerkosten ablehnen. Es

Dänemark gelang es, die Forderungen wenigstens zum Teil mit friedlichen Mitteln durchzuführen. Auch in Deutschland sind Bohnerhöhungen durch Vereinbarungen und Schiedssprüche erzielt worden (zum st. nur 8 bis 10 Proz., in einigen Zweigen der Lebensmittelindustrie auch 25 Proz.) auch wurden die Bezüge der Beamten — diese aber völlig unzureichend — erhöht. In vielen Fällen bedurfte es aber harter Kämpfe und einer Menge kleiner und größerer Streiks, um eine Bohnerhöhung zu erzwingen.

Reben dieser Lohnkampfgefeiten sollen noch folgende Arbeitskämpfe hervorgehoben werden: Die Eisenbahnerstreiks in Österreich, Griechenland und Argentinien, eine große Aussperrung der Textilarbeiter in Schweden, ausgedehnte Arbeitskämpfe in Japan. Der Streik der österreichischen Eisenbahner, der mit voller Erfolg beendet wurde, verdient wegen seines politischen Hintergrundes — er war die Folge des unglücklichen Sanierungsvertrages von Genf — eine besondere Beachtung.

Aus dem Leben der Gewerkschaften sollen die Verfolgungen verzeichnet werden, denen diese in Finnland, Rumänien und Jugoslawien ausgesetzt waren. Die Verfolgung und Einleiterung der finnischen Gewerkschaftsführer hat zu lebhaften Protesten der internationalen und nationalen Organisationen Anlaß gegeben. — Der Abbrödelungsprozeß der italienischen Gewerkschaften von Faschismus schreitet weiter fort. Gegen den Tarifvertrag, den die Faschisten abgeschlossen, ist die Unzufriedenheit im Nachen. Die faschistischen Gewerkschaften, insbesondere die Angestelltenorganisationen, möchten nun durch sozialpolitische Anträge, wie Urlaub, Benutzung der freien Zeit, die verlorenen Stellen wieder zurückgewinnen. — In Österreich schritt man zur Gründung einer Sektion der

Berfolgungen verzeichnet werden, denen diese in Finnland, Rumänien und Jugoslawien ausgesetzt waren. Die Verfolgung und Einlegerung der finnischen Gewerkschaftsführer hat zu lebhaften Protesten der internationalen und nationalen Organisationen Anlaß gegeben. — Der Abbrödelungsprozeß der italienischen Gewerkschaften von Faßchismus schreitet weiter fort. Gegen den Tarifvertrag, den die Faschisten abgeschlossen, ist die Unzufriedenheit im Nachen. Die faschistischen Gewerkschaften, insbesondere die Angestelltenorganisationen, möchten nun durch sozialpolitische Anträge, wie Urlaub, Benutzung der freien Zeit, die verlorenen Seelen wieder zurückgewinnen. — Da steht erreicht man zur Gründung einer Sektion der Bundesarbeiterenschaft welche in der Gewerkschaftskommission die Interessen der „Arbeiterchaft im Dienste der Republik“ einheitlich vertreten soll. Die in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, die verschiedenen Organisationen angehören, sollen durch diese Sektion ein gemeinsames Organ erhalten. Die öffentlichen Angestellten Österreichs und auch

die Angestellten der Gemeinde Wien haben durch Zusammenschluß den „Österreichischen Hauptverband der öffentlichen Angestellten“ gegründet. — In Indien wurden die Statuten des neuen Gewerkschaftsbundes, dem die Landeszentralen angehören, ausgearbeitet. Ein Streit, der ohne die Einwilligung des Gewerkschaftsbundes erklärt wird, hat keinen Anspruch auf Unterstützung.

Auf sozialpolitischem Gebiet standen die Fragen der Arbeitslosigkeit und der Arbeitszeit weiter im Vordergrund. Das neue Gesetz in der Schweiz, das vor kurzem durch das Parlament angenommen wurde, stellt die Arbeitslosenversicherung auf eine neue Grundlage: bei einzelnen Ländern (Kantone), Gemeinden, Organisationen der Arbeiter und Unternehmer sollen fünfzehn die Träger der Sozialversicherung sein. Der Bund selbst gibt zu sich selbst im Verhältnis der von diesen Organisationen verteilter Unterstützungen. Letzteres, das sogenannte Centrale Génie in der Arbeitslosenunterstützung, wird im Frühjahr nächsten Jahres in der Schweiz eingeführt.

nächsten Jahres in der L i m e c o l o w a t e i eingeführt und zwar in der Form, daß die Gewerkschaften aus ihren Mitteln Unterstützungen gewähren, wozu der Staat dem entsprechende Zuschüsse zahlt. In P o l e n wurde ebenfalls vor kurzem ein Gesetz für Arbeitslosenunterstützung angenommen. Es sollen noch die Arbeiten der a m e r i k a n i s c h e n Regierungskommission und der e n g l i s c h e n Gelehrten erwähnt werden, die vorläufig ausgearbeitete Pläne für die Vorbereitung von öffentlichen Arbeiten in Konjunkturzeiten und deren richtige Verteilung in der Krisenzeite aufzuhalten. — Die A n g e s t e l l t e n o r g a n i s a t i o n e n befürworteten sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit besonder beschäftigen. Der A t b a u der Prinzipien und Befangenstellungen im Deutschen Reich, Österreich-Ungarn, Polen nimmt immer

ten in Deutschland, Österreich, Ungarn, Polen nimmt immer noch seitens Fortw. Aus Indien und Litauen wird eine ungheheure Arbeitslosigkeit der Angestellten berichtet. In bezug auf die Arbeitszeit lenkt der I.G.B. die Aufmerksamkeit auf die Pläne zur Schaffung internationaler Kartelle, welche neben wirtschaftlichen Zielen auch denen der sozialpolitischen Reaktion dienen können. In Unternehmerkreisen redet man den internationalen Kartellen das Wort, um durch sie die einheitliche Verlängerung der Arbeitszeit durchzuführen. Inzwischen werden Versuche gemacht, die bestehenden Gesetze durch Ausnahmeverordnungen zu durchlöchern. So wurde z. B. die Arbeitszeit der Bäder in Deutschland, die

ist daher dringend geboten, bei der Beantrogung von Rechtschutz bei der Wahrheit zu bleiben.

In den Abschnitten XV und XVI sind die Richtlinien bei Streiks und Aussper rungen im eigenen wie in fremden Berufen behandelt sowie die Streifunterstützungssätze festgelegt. Besonders in diesen beiden Abschnitten kommt der zentrale Charakter des Verbandes stark hervor. Forderungen an die Unternehmen dürfen nur gestellt, bestehende Tarifverträge nur gekündigt werden, wenn die vom Verbandsvorstand beauftragten Arbeitsgruppen sowie der Verbandsvorstand selbst seine Zustimmung hierzu erteilt haben. Im gleichen Sinne ist bei vorliegenden Differenzen hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen zu verfahren. Dem Verbandsvorstand ist in jedem Falle das persönliche Eingreifen in laufende Bewegungen gesichert. Streiks dürfen nur nach erfolgter von schriftsmäßiger Abstimmung durch die an der Bewegung Beteiligten und nach Zustimmung des Verbandsvorstandes inszeniert werden. Werden diese Vorschriften nicht erfüllt so streiken die Beteiligten auf ihre eigene Rechnung und Gefahr. Die Aufhebung von Streiks bleibt letzten Endes ebenfalls dem Verbandsvorstand vorbehalten. Mitglieder die noch keine 13 Wochenbeiträge geleistet haben, können nur in besonderen Fällen und nach ausdrücklicher Zustimmung des Vorstandes unterstützt werden. Der Verbandsvorstand bestimmt auch die Unterstützungssätze, welche solche Mitglieder erhalten sollen.

Im übrigen wird bezüglich Streifinszenierung und Streifführung auf das Mitteilungsblatt Nr. 10 Ziffer sowie Nr. 11 Ziffer VI verwiesen.

Abschnitt XVII behandelt die Verwaltung und Bewirtschaftung der Verbandsfelder. Aus den Verbandsgeldern (Eintrittsgelder und Beiträge) dürfen die Ortsvereine folgende Ausgaben bestreiten: statutarische Unterhaltungen, Ausgaben für Agitation und bei Lohn-

der Zuckerarbeiter in Polen gesetzwidrig verlängert. Die österreichischen Bergarbeiter konnten den Versuch der Arbeitszeitverlängerung vorläufig abwehren. In August wurde die Arbeitszeit in einer Anzahl von Berufsgruppen von 44 auf 48 Stunden verlängert. Auf der anderen Seite steht als Zeichen des sozialen Fortschritts der Entschluß des französischen Marineministers, den Achttagestundentag für die Seeleute, die durch eine frühere Verordnung aufgehoben wurde, wieder einzuführen. Das Handelsministerium in den Vereinigten Staaten hat in der Eisen- und Stahlindustrie eine Untersuchung in bezug auf das Dreischichtenystem ausgeführt, die ergab, daß die meisten Betriebe sich bereits auf die Dreischichtenarbeit eingestellt haben, und zwar mit dem besten Erfolg (gleichzeitig machen die deutschen Unternehmer eine wüste Propaganda für die Wiedereinführung der schamlosen Zweischichtenarbeit).

Aus dem Gebiet der übrigen Sozialpolitik hielten wir folgendes hervor: Die französische Regierung erwägt die Ausdehnung der Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten. Auch in England wird über diesen Punkt gestritten. Die Arbeiterpartei wünscht die Ausdehnung des Verfahrens, ohne daß der Schiedsspruch die Arbeiterschaft endgültig verpflichten soll. — In Indien, wo in der letzten Zeit eine sehr ausgiebige sozialpolitische Tätigkeit einzog, wurde ein Gesetz zur Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten geschaffen. — Auch in Australien, dem Lande, wo ähnliche Einrichtungen am längsten bestanden, wurde vor kurzem ein neues Schlichtungsgesetz angenommen. Die konservative Regierung Englands gebilligt vorerst nicht, die sozialpolitischen Errungenschaften der letzten Zeit anzutasten. Auch wird das Wohnungsbauprogramm der Arbeiterregierung durchgeführt. — Den Arbeitern wendet sich eine wachsende Aufmerksamkeit der Arbeitnehmerorganisationen zu. Nach Deutschland soll auch in England und Belgien zur Gründung einer Gewerkschaftsbank geschritten werden. In Dänemark besteht eine solche bereits seit mehreren Jahren.

Die schwerindustrielle Internationale und das Internationale Arbeitszeitabkommen.

Der „Borwärts“ melde unter dem 3. Dezember aus Paris:

Paris. „Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die seit Ende der vergangenen Woche außerordentlich rüstig fortgeschritten sind, haben am Dienstag eine neue Unterbrechung erfahren. Diese ist jedoch auf Wunsch der deutschen und französischen Sachverständigen der Schwerindustrie erfolgt, die eine Pause von 14 Tagen verlangt haben, um über die bisherigen Verhandlungsergebnisse mit ihren Verbänden zu beraten. Die neue Unterbrechung dürfte vor allem im Zusammenhang stehen mit den am Mittwoch in Köln beginnenden Verhandlungen zwischen den Schwerindustriellen Deutschlands, Englands, Frankreichs, Belgien und Luxemburgs, die den Abschluß neuer internationaler Abmachungen über die Produktions-, Preis- und Absatzregelung auf dem Montanmarkt zum Ziele haben und deren Ergebnisse die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sehr entscheidend beeinflussen dürften.“

Am 10. Dezember hat sich der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages in einer Sitzung gegen die Ratifizierung des Washington-Arbeitszeitabkommen ausgesprochen. Nach einem Referat des Herrn Conrad von Borsig nahm der Hauptausschuß folgende Entschließung einstimmig an:

„Der Deutsche Industrie- und Handelstag lehnt eine Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommen ab, weil sie dem deutschen Wirtschaftsleben keinerlei Vorteile, sondern nur schwere Schädigungen und Gefahren bringen kann. Das deutsche Volk muß sich die freie Verfügung über die Gestaltung der Arbeitszeit erhalten, damit es jederzeit seine Existenz sicherstellen und den eingegangenen Verpflichtungen gerecht werden kann. Solange dem deutschen Volke die Lasten des Krieges fast allein aufgebürdet sind, kann es sich hinsichtlich der Arbeitszeit dauer nicht der Kontrolle seiner Konkurrenzstaaten ausliefern, sondern muß mit allen Mitteln auf die Steigerung seiner Gütererzeugung bedacht sein.“

bewegungen sowie für die Verwaltung der Verbandsgeschäfte
persönlicher und sachlicher Art, z. B. Fahrgelder, Sitzungs-
gelder, eventuell Entschädigung für Lohnausfall bei Ver-
handlungen usw., Porto. Soweit kein Angestellter am Orte
tätig ist, dürfen von den Einnahmen aus Beiträgen 7 Proz.
und wo Angestellte tätig sind 4 Proz. behalten werden.
Über die Verwendung dieser 7 Proz. bzw. 4 Proz. haben
die Ortsvereine selbst zu entscheiden. Alle nach Abzug dieser
hier genannten Ausgaben verbleibenden Gelder sind der
Hauptkasse zuzuführen. Die Abführung von überschüssigen
Geldern an die Hauptkasse muß mindestens monatlich ein-
mal erfolgen; bei größeren Beträgen in noch kürzeren Ab-
ständen. Der Geldverkehr zwischen den Ortsvereinen und
der Verbandshauptkasse kann erfolgen unter Benutzung des
Postcheckverkehrs (direkte Überweisung oder Verwendung
von Zahlkarten) oder durch Überweisung über die Banken.
Andere als die vorher angeführten Ausgaben sind als Lokal-
ausgaben zu betrachten und aus den Mitteln der Lokalkas-
sen zu bestreiten. Das Vermögen des Verbandes, be-
sonders die ausgeliehenen Gelder aller Art, werden durch
eine aus Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes ge-
bildeten gesetzlichen Körperschaft: der Brauerei- und Mühle-
arbeiter G. m. b. H. verwaltet.

Die Abschnitte XVIII und XIX behandeln die evtl. Auflösung des Verbandes sowie evtl. Statutenänderungen, die sich zwischen zwei Verbandstagen nötwendig machen. Der Verband kann nur aufgelöst werden, wenn ein zu diesem Zweck besonders einberufener Verbandstag mit überfünftelmehrheit das beschließt. In so'm Falle hat der betreffende Verbandstag auch über die Verwendung des noch vorhandenen Vermögens zu befinden. Durch den Austritt von einzelnen Mitgliedern oder von ganzen Ortsvereinen wird das Fortbestehen des Verbandes nicht berührt. Keine Mitgliedschaft hat infolge Austritts aus dem Verband irgendeines Recht auf das vorhandene Verbandsvermögen.

Zur Lehrlingsfrage im Braugewerbe.

Über die Lehrlingsfrage scheinen sich die Brauherren noch nicht einig zu sein. Der Deutsche Brauer-Bund will seinem gelernten Brauer haben, und zwar soviel, daß er alle älteren Schichten kann. Zugemt steht es doch fest, daß alle technischen Neuerungen dazu angestan sind und dem Zweck dienen, Personal überflüssig zu machen, und vor allen Dingen die besser bezahlten. Wie ist das Bestreben der Unternehmer bezüglich der kolossal Vermehrung der Lehrlinge mit der technischen Entwicklung und der vermindernden Bedeutung der Menschenkraft vereinbar? läßt ist, und bleibt ein Rätsel. Außerdem arbeiten die Brauereien, besonders die in Bayern, mit allen Mitteln darauf hin, das Brauerjahr überhaupt zu unterbinden. Haben es doch die bayerischen Brauereien beim letzten Landesratstag abgeschafft, den Lehrlingsparagraphen aus dem Tarifvertrag zu entfernen. Den Schutz, den die Lehrlinge tatsächlich hatten, hat man ihnen genommen, um wieder Lehrlingszulassung und Ausbeutung treiben zu können, wie es früher war. Sie hofften sie es, aber sie werden das Ausbeutungsmaterial nicht mehr finden, wie es früher war. In den Orten Cham und durch L. Wald waren in der Kriegszeit 7-8 Brauereien; dort waren 7-8 gelernte Brauer beschäftigt und 31 Lehrlinge. Die Lohn war Kartoffelsuppe und Kartoffelstampf und nur an Sonnabend Fleisch. Der Gehaltslohn 1-2 Mf. nicht 3-4 Liter Scheeps. Arbeitszeit von ungefähr 8 Uhr früh bis abends 7 und 8 Uhr ohne regelmäßige Rasten. So hatte man an jedem von diesen Lehrlingen 2½-3 Jahre billige Arbeitskräfte, dann schickte man sie heraus und nahm neues Ausbeutungsmaterial. Meistens sind es Söhne armer Eltern, die selbst nichts zu tragen haben. Hier wurden sie ausgebaut, um das Herz der Betriebs zu vermehren und die Eröffnung der älteren zu verzögern, weil die Unternehmer durch dieses Ausbeutungsmittel für Überlebensanforderungen sorgen. Und dann wurde diesen auszuliefernden Leuten mit auf den Weg gesetzt, daß ja nicht dem Verband anzuhören, daß mit sie auch weiter williges Ausbeutungsmittel bleiben sollten. Das Treiben der Brauereien, die Lehrlinge tatsächlich zu entziehen, sie wieder in das alte Ausbeutungsverhältnis zurückzuführen, wird uns dazu veranlassen müssen, von Anfang an eine Lehrliste im Braugewerbe öffentlich und eindeutig und immer wieder zu warnen!

Der unterbliebene Preisabbau.

Wir haben von Maßnahmen zum Preisabbau erzährt, der Abbau der Preise sei sich aber dennoch nicht eingestellt. Bei der Preisabnahme der Preisabschüsse aus der Preisentlastung am Markt zuzuführen? Keineswegs. Man muß die einzelnen Abschlagsmaßnahmen näher prüfen, um zu sehen, was diese leisten können. Ein Aufschluß des Universitätsprofessors Wohl gibt hierzu treffliche Aufschlußpunkte. Er erweist nur von solchen Maßnahmen eine preisende Wirkung, welche die Konkurrenz unter den Warenbeschaffern fördert, beziehungsweise das Angebot der Waren vergroßert. Die Zinsfestigung bewirkt jure erste nicht unbedingt auch eine Preisfestigung. Sie ermöglicht das Kurzthalten der Ware bei den Warenbeschaffern und ihre speulative Wirkung durch zweite Hand (Großhändler) und kann daher nicht dem Angebot nur die Nachfrage verschaffen. Auch aus anderen Gründen kann die Eindringung der Kapitalknappheit und der damit verbundene Zinsabbau — so notwendig dies auch sei — nicht unbedingt zur Verbesserung der Preise führen. Es kommt zum Beispiel als zusätzliche Kaufkraft neue Nachfrage nach den Waren auslosen und damit preiserhöhend wirken. Der bei längerer Laufzeit und rüchtiger Anwendung der billigeren Kapitalien kann eine preisende Wirkung eintreten. Auch die gewünschten Steuertreibesleichterungen mögen nicht notwendigerweise zur Preisfestigung führen. Die Umlaufsteuer und die Gutsentnahmesteuer, welche vorausgelegt werden, können und werden leicht abgewälzt, sie werden nicht von den Warenbeschaffern, sondern von den Verbrauchern getragen. „Nicht das ist das Emporende“, fordert Professor Wohl, „an der Gutsentnahmesteuer, daß im Range des letzten halben Jahres die Lohnsteuer wieder auf 44 Proz. (März 1924) auf 67 Proz. (September 1924) gesenkt ist. Ein vom ersten auf den zweiten 15. September ist, sondern daß der Schatzkanzler sich derart das gesamte Gutsentnahmesteuerunternehmen noch nicht genommen, vielleicht den größten Teil zu geben hat.“ Erwähnung von Steuern aber, die, wie die Umlaufsteuer, Gutsentnahmesteuer, leicht abwälzt sind, macht z. B. keinen Unterschied, der Warenbeschaffer wird durch die Zins- und Kapitalknappheit der Preise verantwortlich, sondern wird über die ersparte Steuer für sich behalten. Die Erhöhung der Zinsfestigung kann den Preisabbau fördern, wenn sie die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmungen überzeugt, durch die größtmöglichen gegebenen Grenzen noch etwas ruhig weiterzugehen. Ob sie zu ermöglichen. Die Großhändler können jedoch infolge der Reparationsabnahmen nicht leicht herabsetzen, ebenso wenig wie eine entsprechende Erhöhung der folgenden Gehälter und Löhne der Beschäftigten durchzuführen werden. Diesen Ausführungen wäre noch hinzuzufügen: Selbst konkurriert z. B. der Großhändler mit den Kleinhandelsfirmen, an die ebenfalls Steuern ab, könnten nur dann wirtschaften, wenn das Billen zur Konkurrenz unter den Warenbeschaffern verhindert wäre. Sollte denn schon mit einer derartigen Seite das Unternehmen, die Konkurrenz durch die Konkurrenz in der Großindustrie, keine Karriere in der Wirtschaft und Kleinindustrie auszuholen. Die Karriere ist es, welche die Hochhaltung der Preise zum Ziel hat (Preis- und Absatzsteuer), hat in der letzten Zeit eine beträchtliche Verlängerung angenommen. Die neuen Zinsen sind in ihrer Wirkung erheblich gefährlicher als die während der Inflationszeit gegründeten gegenwärtigen Konkurrenzstellen, die in der Regel nur den Absatzmärkten die Zinsen zu erneut verhälften. Will man der Leistung der Leute dienen, so darf man die Augen gegen das Verstecken der Karriere nicht verschließen.

Die ununterbrochene steigende Tendenzswelle hat jetzt den Bereich des Deutschen Städteages auf einer kleinen Sitzung in Berlin aufgelöst, der der Verfassung, ein rechtliches Einschreiten zu ersetzen. Da die Karriere es die Regierung ist ausgeführt, daß die durchgesetzten Preisentnahmemaßnahmen bei der

Kohlenpreisen, bei den Eisenbahntarifen, bei der Umsatzsteuer noch keine merkbare Entspannung der Lage herbeigeführt hätten und daß auf der anderen Seite gegen eine Erhöhung der Lebensmittelzölle in den Kreisen der städtischen Verbraucht die lebhaftesten Bedenken bestehen.

Zur Verkehrsregelung in Berlin.

Der Entwurf der vom Polizeipräsidium ausgearbeiteten Verkehrsordnung, die wir veröffentlicht haben, hat der städtischen Verkehrsdeputation vorgelegen und ist von ihr zunächst an einen Unterausschuß verwiesen worden. In diesem Unterausschuß wurden die Einzelheiten der Verordnung eingehend erörtert, und alle in Frage kommenden Interessen gehörten. Die Verkehrsordnung des Polizeipräsidiums wurde im allgemeinen für nicht durchführbar gehalten und wurde folgendes beschlossen:

dem Halteverbot sowie der Beschränkung des Latschenverkehrs in den Verkehrsstraßen erster Ordnung einzustimmen, und zwar für die Stunden von 5 bis 7 Uhr.

Der Ausschuß stimmte ferner für die Verkehrsstrafen erster Ordnung dem Wettbewerb zu sowie der Vorschrift, daß in die Verkehrsstrassen weiter Ordnung langsam einzublenden sei.

Mit dem Verbot des Zweirad- und Motorwirkeverkehrs in den Verkehrsstraßen erster Ordnung erklärte sich der Ausschuß ebenfalls einverstanden.

Die Beschränkung des Personenverkehrs wurde jedoch in jeder Form abgelehnt, insbesondere die Einrichtung ausschließlich zu benutzender Straßenübergangsstellen.

Die Bestimmung, daß bei Plätzen, Straßentreuzungen und Brücken in der Fahrt befindliche Kraftfahrzeuge mit Einschluß der Kleinkrafträder einander nicht überholen dürfen, wurde angenommen.

Es wurde auch der Bestimmung beizugeschafft, daß in den Verkehrsstraßen erster Ordnung Lastwagen, die dort nicht zu halten haben, auch nicht zu passieren haben.

Den mit Pferden bespannten Latschen und Handwagen soll außerdem das Halten zum Ent- oder Beladen wie das Fahren dieser Straßen in der Längsrichtung von 3 bis 7 Uhr nachmittags verboten sein.

Die Vermehrung der Parkplätze und Halteplätze in städtischer Nähe bezeichnete die Deputation als ernsthafter und beschloß außerdem, dem Polizeipräsidium dringend zu empfehlen, daß von der Öffentlichkeit bis zum Inkrafttreten einer solchen Polizeiverordnung mindestens ein Monat Vorsicht gegeben werde, um allen beteiligten Stellen die Möglichkeit zu geben, sich in die vielen neuen Bestimmungen einzublenden.

Außerdem soll das Polizeipräsidium erachtet werden, Besteuerungen grundsätzlich in möglichst niedrige Grenzen zu halten, so daß nicht sofort Höchststrafen eintreten, vielmehr würde die Aufstellung bestimmter Richtlinien als geboten bezeichnet, damit die Exekutive bei den Strafseinführungsmöglichkeiten gleichmäßig versahen könne.

Als Verkehrsstrafen erster Ordnung wurden als besonders verkehrsreich nachstehende Straßen festgestellt: Budapester Straße von der Lennéstraße bis zum Potsdamer Platz, Charlottenstraße von der Behrenstraße bis Unter den Linden, Friedrichstraße von der Weidendammbrücke bis Krautstraße, Gertraudenstraße, Mühlendamm einschließlich Molkenmarkt, Hüttenstraße, Joachimsthaler Straße vom Kurfürstendamm bis Bahnhof Zoologischer Garten, Königgrätzer Straße vom Potsdamer Platz bis Köllner Straße, Königstraße, Leipziger Straße einschließlich Leipziger Platz und Spittelmarkt, Potsdamer Straße von Karlshorst bis Potsdamer Platz einschließlich Spandauer Straße vom Molkenmarkt bis Königstraße, Tiergartenstraße von der Hüttenstraße bis Kämpferplatz einschließlich.

Mit diesen Maßnahmen ist die Verlage des Polizeivolumens ganz erheblich verbessert. Wenn die Verkehrsordnung fertig ist, werden wir Bekanntmachung nehmen, darüber zu berichten.

Rundschau.

Holger William Leibert, der langjährige Obermüller der Mühle des Leipzig-Blogmühler Kämmungvereins, ist im Alter von 69 Jahren am 15. Dezember verstorben. In ihm verlor der Verband eines seiner ältesten und treuesten Mitglieder. Leibert trat am 1. August 1889 in Altenburg dem Kämmungarbeiterverband bei, gehörte von 1894 bis zur Verschmelzung 1910 dem Hauptvorstande des Verbandes an und war uns stets ein zuverlässiger, treuer Berater und Vorderer des Verbandes. Nicht sei ihm die Erde!

Hausung des Arbeitgebers wegen unzureichender Investitionsförderung. Dem Arbeiter I., der vom 19. April 1916 mit Unterbrechung bis zum 6. Juli 1920 bei der Bau-deputation in Hamburg auf Grund eines Privatobertrages beschäftigt gewesen ist, wurde die Gewährung der Invalidenrente verweigert, weil eine Beitragsmarke zum Rechtsanspruch fehlt, und diese habe der Arbeitgeber für die Woche vom 16. bis 23. April 1916 zu lieben unterlassen. I. verlangte Sondenerlaß in Gestalt einer Rente in bestimmter Höhe für die Rentabilität und Freistellung der Verpflichtung des Arbeitgebers, ihm für die Zukunft diejenigen Beiträge zu zahlen, die ihm als Invalidenrente zustehen würden.

Das Landgericht Hamburg gab der Klage statt, das Landgerichtsgericht V. Zivilsenat, änderte das Urteil ab und wies die Klage ab. Das Reichsgericht hob das Urteil des Landgerichtsgerichts auf und verwies die Sache zur Bergordnung und Entscheidung an das Oberlandesgericht VI. genau, das am 4. Oktober 1924 die Klage nur zu einem Berteil abwies und den Arbeitgeber zu der Klage verurteilte.

In der Bergordnung wird gesagt, daß ein beiderseitiges Verhältnis vorliegt. Die größere Schuld ist auf Seiten des Arbeitgebers, aber auch der Arbeiter müsse am Lohnfeste seine Lohnsätze daran prüfen, ob der Beitrag für die Invalidenversicherung in Abzug gebracht werden ist, deshalb müsse er in diesem Falle, wo das nicht geschehen ist, ein Bericht des Schadens tragen.

Bei dem Urteil entsteht aber eine andere Frage: Wenn die Beitragsabrechnungen abgezogen und auf der Lohnliste vermerkt, die Miete aber doch nicht geklärt wird, wie es schon vorerwähnt ist, dann müßte sich ja der Arbeiter jede Lohnsatz aufheben, um stets bezahlen zu können, daß ihm die Verpflichtungsbeiträge abgezogen würden.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbüro, Redaktion und Expedition der "Verbands-Zeitung", Berlin O. 27, Schilderstraße 6 IV Fernpreis 100 Mark Königslust 273.

52. Beitragswoche vom 21. bis 27. Dezember.

Wartung vor einem Schwund.

Ein im Leben, quellschlagender Brauer namens Willibald Winkel, zuletzt in der Brauerei Wacker in Oldenburg tätig, schwindet den Ortsvereinsvorsitz vor. Verbandsmitglied zu sein; sein Mitgliedsbuch habe keinerlei Buch, Hamburg, oder ein anderer Funktionär im Besitz, es werde ihm nachgesagt.

Wahr ist folgendes: Winkel, dessen Familie noch in Oldenburg wohnt, war etwa 6 Monate in Oldenburg als Brauer tätig. Dem Betriebsbrauerei-Mann, der sich um die Verbandsmitgliedschaft Winklers wiederholt bemühte, erklärte dieser, er sei Unionist. Winkel agitierte im Betrieb auch für die unionistischen Ideen, wodurch der Verbandszins auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse in diesem Betrieb gewacht wurde. Winkel ist nicht Mitglied des Verbands, er versucht jetzt, sich ein Mitgliedsbuch zu erschwinden. Es ist ihm die Tür zu weisen. Kein Ortsverein ist mit diesem Schädling verbündet. Halte die Taschen vor ihm zu.

Die "Generalstaatliche Frauenzeitung" erscheint ab 15. Januar wieder, und zwar monatlich einmal. Die Ortsvereine wollen die benötigte Zahl der Exemplare bei unserer Expedition bestellen.

Die Berechnung der Verbandsunterstützungssätze

erfolgt stets unter Zugrundelegung der Beitragsbeiträge, also der Beiträge, welche für die Hauptklasse entrichtet werden. Beiträge, die für die Lokalklasse gezahlt werden, kommen bei der Berechnung der Verbandsunterstützung nicht in Betracht.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse

vom 15. bis 20. Dezember.

(Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079 Brauerei- und Mälzerei- und Getreide-G. m. b. H. Berlin O. 27.)

Bremen 2000,- Bamberg 40,55 Gera 200,- Mainz 200,- Görlitz 100,- Hamm 300,- Elberfeld 20,- Rostock 80,76,- Worms 400,- Brandenburg 15,50,- Dresden 52,20,- Nürnberg 21,- Regensburg 10,50,- Aachen 19,50,- Augsburg 610,80,- Elberfeld 200,- Freiburg 1. Tgl. 126,55,- Halle 400,- Löbau 230,- Namibia 26,00,- Salz 71,50,- Bamberg 1,- und 350,- Bodum 205,30,- Burg 85,- und 27,55,- Düsseldorf 350,- Görlitz 100,- Landsberg 400,- Merseburg 270,- Oranienburg 100,- Oelsnitz 92,55,- Nelsen 100,- Unterweissbach 40,- Waren 100,- Berlin 250,- Gmünd 70,- Schwerin 35,- Stettin 600,- Brotkau 300,- Elberfeld 240,- Hamburg 3,60,- Leipzig 7,20,- Berlin 350,- und 1,60,- Bernburg 50,- Hof 800,- Ulm 1000,- Lauferbach 150,- Minden 250,- Schweinfurt 300,- Lüttlingen 150,- Weimar 140,- Witten 27,33,- Schonebeck 78,50,- Gera 200,- Saarbrücken 30,14,- Bodum 500,- Dresden 600,- Ingolstadt 150,- München 1000,- Ebersfeld 200,- Augsburg 4,50,-

Liefer wieder Galoschen, 2-Schnallen-Brauerschuhe, Schnürschnüre und Schafstiefel mit Holzsohlen in allen u. reell. Sorten. Freier, vorzügl. JOHANN BONN, Kiel, Michelstr. 12.

Der viel verkaufte Friedensschuh: zwei Schnallen mit gekrüppeltem Ledere ist wieder da.

auch in glattem Leder und seinen lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen d. Ort vereins Greifswald i. Sch.

Unser Kollegen, dem Brauer Robert Nachbar und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kolleginnen und Kollegen d. Ort vereins Greifswald i. Sch.

Unser Kollegen, dem Brauer Robert Nachbar und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Handwerker der Brauerei Heinrichs-Hanpf-Stern, Frankfurt a. M.

9,50 M.

H. Schäfer, Hanau, Schlossstr. 5.

Brauer-Hosen

Sorte III. Tracht-Hose mit edlerfaserndem Mt. 14,- Weiße mit Annenlohe Mt. 7,- der selbe

Stoff. So b. ein 1 Meter Mt. 4,50.

Mancheschrose mit Riedelchen Mt. 14,- Weiße Mt. 7,- der selbe Stoff 1 Meter Mt. 4,50.

Lederhose Sorte II Mt. 10,- Lederhose Sorte III Mt. 6,50 ver-

sendet nach Makangabe bei Be-

staltung von Mt. 20,- an porto- u.

ideale frei ins Haus Greifswalde für Versetzung Emil Kohl-

feldt. Dresden-N. Ritterstr. 2.

HELLOPP 1921! Wollseidenfutter

(prima Gerinnleder, gerinnleder, Soden-

scher, sowie Holzhaarleder, die ist es zu

günstigsten Preisen mit mir

josef Urban, Cham 1. Bay.

Brauerschuhe

aus sternleder, rostfrei, extra starke Sohlen, Paar 7,50 Mt. Fest. F. Nachfrage.

Sodenleder-bügelt. Feinester. München,

Le. erster. 5 L.

... von mir

... von schwerer Gicht und Gelenk-

rheumatismus geheilt

tom Men hohe freie mi-leiden, daß in ast jedn Tag herangehe, was ich als große Ruhrtat empfah, da in ein halbes Jahr meine Beine arzt nicht bewegen konnte. Täglich Dant dem Arzt lobt wodurch ich zu ihrer Phymoor-Kur gekommen bin.